



Die Klasse 2F: Gutschein im Wert von 2000 Franken den Missionarinnen des Klosters St. Ursula überweisen. Foto zvg

Jugend engagiert sich für Aidskranke

2000 Franken für Aids-Projekte in Südafrika

Brig. – eing.) Der 1. Dezember ist weltweit zum Aids-Tag erklärt worden. Millionen Menschen leiden unter Aids, dieser schrecklichen Geisel und deren Folgen. Organisationen und Institutionen rufen zur Hilfe auf. Im Kollegium Spiritus Sanctus, Brig, wurde im Rahmen einer Projektwoche im vergangenen

Juni eine Ausstellung über Aids vorbereitet, die am 30. November während der «Aids-Comedy» gezeigt wurde. Die Klasse 2F, unter der Initiative ihrer Klassenlehrerin Marlies Gurzeler, mit Unterstützung von Daniel Vogel und Christine Emery ermöglichte den Studenten und Studentinnen des Kollegiums und der OMS einen umfassenden

Einblick in die Aids-Problematik und -Prävention. In Anerkennung ihres Einsatzes überreichte die Aidshilfe Oberwallis der Klasse F2 einen Gutschein im Wert von 2000 Franken. Diese Spende wurde den Missionarinnen des Klosters St. Ursula, Brig, für ihre Aids-Projekte in Südafrika überwiesen.

Religion und Staat

Der Erwerb des Schweizer Passes geht über Integration, wozu Beherrschung der einschlägigen Landessprache und Anpassung an unsere Lebensgewohnheiten gehören. Und die Religion?

übersehen aber dabei die grundsätzlichen Gegensätze zwischen Islam und Christentum. Die christliche Religion, bei der der vom Vatikan einheitlich geführte Katholizismus eine dominierende Rolle spielt, ist unpolitisch und in Staatsgeschäften nicht eingebunden. Der koranische Islam ist ohne einheitliche Führung und der Koran wird differenziert ausgelegt. Der grosse Unterschied zum Christentum liegt darin, dass der Islam diktatorisch in der Landesregierung das Sagen hat. An Extremismus grenzende re-

ligiöse Staatsführung durch mächtige islamische Würdenträger prägt den Iran. Die Taliban in Afghanistan waren zur Zeit ihrer Gewaltherrschaft nicht weniger unnachgiebig, intolerant und grausam. Auch das einigermassen gemässigte Saudi-Arabien, Wiege des Islam, ist diesem in Staatsführung und Gesetzen strikte untergeordnet. Seine Fühler streckt er hinaus um die Erde und hält dort bei seinen Anhängern den Grundsatz der religiösen Dominanz aufrecht. Diese fundamentalen Gegensätze zwischen Islam und Christentum bleiben beim heutigen Stand der Dinge hoffnungslos unüberbrückbar.

Georges Burlet, Icogne

Briefe an den WB

Gutgläubige Schweizer sehen darin kein Problem, die grosse Mehrheit hiesiger Moslems seien äusserst tolerant uns Christen gegenüber und sähen ein friedliches Nebeneinander dieser Religionen. Extremisten seien eine kleine Minderheit. Sie

Von einer Abstimmung zur nächsten



Die Zustimmung zur Zusammenarbeit mit Osteuropa vom 26. November ist ein Ja zu einer offenen Schweiz.

Einmal mehr haben die Bürgerinnen und Bürger den bilateralen Weg bestätigt und wollen in den neuen EU-Ländern lohnende Investitionen leisten. Für mich ist die Zusammenarbeit mit Osteuropa eine sinnvolle Investition. Das investierte Geld fliesst auch ganz direkt in Arbeitsplätze in der Schweiz, generiert Wachstum und sichert Arbeitsplätze. Doch schon bald steht die nächste Abstimmung vor der Tür. Am 11. März 2007 müssen wir über die Initiative «Einführung einer Einheitskasse» abstimmen. Die Gesundheit ist eines unserer höchsten Güter. Deshalb ist die qualitativ hoch stehende Gesundheitsversorgung, wie sie die Schweiz heute kennt, eine wertvolle Errun-

genenschaft. Die Initianten wollen nun eine Einheitskasse auf die Beine stellen, eine Scheinlösung, welche keine heutigen Probleme löst, sondern nur neue schaffen wird. Eine sogenannte soziale Einheitskrankenkasse wäre für mich die Einführung der Staatsmedizin in der Schweiz. Wollen wir das wirklich? Das Schweizer Stimmvolk hat einer vergleichbaren Vorlage, im Mai 2003 mit 73 % Gegenstimmen eine deutliche Abfuhr erteilt. Bei der Frage zur Finanzierung der Einheitskasse herrscht im Lager der Initianten Funkstille. Bei einer Finanzierung über Prämien käme es zu einer massiven Verteuerung; die Krankenkassenprämien würden nach oben nivelliert. Erfolgt die Finanzierung über Steuern, werden sich die Steuern pro Haushalt in zahlreichen Kantonen verdoppeln. Mit einem Monopolssystem im Gesundheitswesen die Qualität zu opfern ist ganz klar ein Schritt in die falsche Richtung. Gefragt sind vielmehr innovative, kostensparende

Lösungen auf der Seite der Leistungserbringer, wo die jährlichen Mehrkosten auch anfallen. Gefordert sind Bund und Kantone, aber auch alle Akteure im Gesundheitswesen: Nur der Weg über den Markt und mehr Eigenverantwortung führt zum Ziel. Mit der laufenden KVG-Revision diskutieren National- und Ständerat nachhaltige und effektive Lösungen für das Gesundheitswesen. Lösungen, die der gesamten Bevölkerung zugute kommen sollen. Doch haben wir noch etwas Zeit bis zum nächsten Urnengang. Sicher wird in den nächsten Wochen und Monaten über dieses Thema viel debattiert und geschrieben werden. Auch ich werde Anfang Jahr nochmals auf diese Vorlage im Detail zurückkommen und zwar nicht als Versicherer, sondern als potentieller Patient. In der Zwischenzeit möchte ich allen WB-Lesern schöne Festtage wünschen und ganz besonders einen «Gesunden Rutsch».

Antille Charles-Albert
alt Nationalrat

Zum Beispiel: An Europa mitbauen

Beginnen wir mit Bern. Und damit ist das politische Bern, die Hauptstadt der Schweiz und damit auch der Sitz unserer politischen Tätigkeiten gemeint. Dieses Bern ist uns bekannt. Ists lange? Wir wissen doch unser Eintrittsjahr. Wir sind junge Kinder von Mutter Helvetia. Reuts uns? Ich glaube nicht. Wir können unsere Miteidgenossen nicht mit absonderlichen Ideen erpressen, aber wir haben uns daran gewöhnt, dass eben vernünftiger Dialog auch uns dient. So eng ist zweifellos unser Verhältnis zu Europa sicher noch nicht. Aber es wäre sicher falsch, wenn wir uns vom Bau eines freien und auch starken Europa dispensieren wollten. Die vor wenigen Tagen erfolgte Abstimmung mag vielleicht Kritiker weiterhin im Glauben lassen, dass wir Schweizer halt doch recht wenig vom Aufbau eines starken und geeinten Europa halten und darum auch nicht Geld hineinstecken soll-

ten. Das ist aber ein arger Trugschluss. Wir gehören nun einmal geografisch und auch handelsmässig zu diesem Europa, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg zum Glück von uns allen geeint hat und hoffentlich noch weiter zusammenkittet. Dieser Schritt vom Weltkrieg in ein doch einigermassen geeintes Europa trägt doch auch für uns neben ideellen auch materielle Früchte. Wer dies bestreitet, mag uneinsichtig auch weiterhin verdrehen. Wir Walliser haben uns doch nicht an Bern verkauft und tun es sicher auch weiterhin nicht, aber wir bauen doch an dieser Schweiz mit. Diese Mitarbeit dauert hoffentlich noch lange an, denn eine Demokratie ist nie wunschlos vollendet. Es stellen sich immer wieder neue Probleme, die gelöst werden müssen. Aber sicher ist der Grossteil unserer Bevölkerung froh und sogar stolz, dass wir Schweizer sein dürfen, dass wir nicht im Welt-

krieg verarmt untergegangen sind und dass nun Europa doch einigermassen gesichert dasteht. Wie erwähnt, ziehen wir ja auch materiellen Nutzen aus diesem sich einigenden Europa. Oder wünschen etwa gewisse Kritiker sogar einen neuen Weltkrieg herbei? Es gibt heute den Dialog zwischen Kirche, Moschee und Synagoge. Man spricht miteinander, und zwar vernünftig. Wieso sollte man nicht auch über politische Fragen einigende Gespräche führen. Täglich verhungert alle paar Sekunden ein Kind in fernen Ländern. Hier und dort herrscht noch eine brutale Diktatur. Europa hat sich aber zu demokratischen Formen durchgerungen. Die Entwicklung muss weitergehen. Der Dialog auf politischem Parkett sichert auch unsere Existenz, unsere Freiheit und unser Wohlergehen, ja unseren Wohlstand. Wir müssen uns nicht ausliefern, aber mitsprechen, ja sogar Entwicklungshilfe mittragen. Es fliesst sehr viel zu uns zurück. Belügen wir uns doch nicht. Es stehen Probleme an. Ganz sicher. Aber extreme Sonderzügelein fahren in Sackbahnhöfe.
Raymund Wirthner

Keine Toleranz für Kinderschänder

Nachdem ein Mädchen in Rhäzüns von Jugendlichen vergewaltigt wurde und in Steffisburg eine 14-Jährige über Wochen von Jugendlichen missbraucht wurde, kamen vor we-

Taten bald zur Tagesordnung. Doch auch das Wallis ist von solchen Delikten betroffen. So kam nun heraus, dass der mutmassliche Täter, der in Heimberg BE eine 17-Jährige vergewaltigte, aus dem Wallis stammt. Um die Sicherheit, insbesondere unserer Kinder, zu garantieren, müssen nun endlich griffige Massnahmen geschaffen und kompromisslos durchgesetzt werden. Die Strafen für Sexualdelikte, besonders an Kindern, müssen radikal verschärft werden. Langjährige Haftstrafen ohne

Hafturlaub und Bewährung müssen erwirkt werden.

- Weiter muss endlich die Verwahrunginitiative nach dem Willen des Volkes umgesetzt werden, damit gemeingefährliche Personen für immer hinter Gittern bleiben.
- Auch der Zugang zu pornographischen Materialien muss erschwert werden.
- Ausländische Täter müssen konsequent und für immer des Landes verwiesen werden.
- Familienpolitisch muss wieder die eigenverantwortliche Erziehung durch die Eltern angestrebt werden, statt die Erziehung der Jugendlichen mehr und mehr dem Staat zu delegieren. Junge SVP Oberwallis

PARTEIENFORUM

nigen Tagen neue Schandtaten an die Öffentlichkeit. In Zürich wurde ein erst 13-jähriges Mädchen von Jugendlichen vergewaltigt. Besonders auffällig ist, dass sämtliche mutmasslichen Täter aus dem Ausland stammen. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, gehören solche

Fusionsthema vom Tisch

Raiffeisenbanken der Region Brig

So betitelte der «Walliser Bote» in seiner Ausgabe vom 27. März 2006 das gescheiterte Fusionsgeschäft. Der designierte Verwaltungsratspräsident der vereinigten Raiffeisengrossbank René Schmid gab damals zu Protokoll: «Das Fusionsprojekt ist vom Tisch.» «Kein weiterer Anlauf in absehbarer Zeit», hiess es weiter in diesem Zeitungsartikel.

diesem Prozess Arbeitsplätze geopfert werden? Die Grossbanken UBS und CS haben es vorgemacht: Fusionieren, Dienstleistungen und Zweig-

stellen abbauen und Leute entlassen. Wollen wir das? Liebe Raiffeisengenossinnen und -genossen stehen Sie zu Ihrer Raiffeisenbank, stimmen Sie mit demselben deutlichen Votum, wie dies schon in Brig-Glis der Fall war, für den Erhalt Ihrer Bank.
Wolfgang Linder, Ried-Brig

Briefe an den WB

Mit Datum vom 13. November 2006 erhielt ich als Mitglied der Raiffeisenbank Ried-Brig einen an mich «Persönlich» gerichteten Brief unseres Verwaltungsratspräsidenten Markus Martig. Dem Brief ist zu entnehmen, dass die Verwaltungsräte kaum mehr als ein halbes Jahr überschauen können und 231 Tage nach diesem denkwürdigen Tag einen erneuten Anlauf zu Gründung einer regionalen Grossbank, vorläufig ohne Brig-Glis, unternehmen. Das Votum unserer Genossenschafterinnen und Genossenschafter in Brig-Glis wird damit mit Füssen getreten. Mit ungläublicher Arroganz wird versucht, eine Fusion durch die Hintertür, mit einem erneuten Anlauf und auf Biegen und Brechen, durchzusetzen. Die Vorstände versprechen uns den Erhalt der Arbeitsplätze. Wie viel Glauben dürfen wir diesen Vorständen schenken, wenn das Gedächtnis keine acht Monate zurückreicht? Wie sollen «Synergien» genutzt, wie rationalisiert werden, ohne dass

Walliser Bote

Erscheinungsweise an Mariä Empfängnis

Redaktion

Die Redaktionsbüros sind an Mariä Empfängnis geschlossen. Wichtige Mitteilungen können ab 16.00 Uhr unter Telefon 027 922 99 88 aufgegeben werden.

Mariä Empfängnis

Freitag, 8. Dezember
Keine Ausgabe

Samstag

9. Dezember
Normale Ausgabe

Inseratenannahmeschluss:

Für Samstagausgabe
Donnerstag, 7. Dezember
um 8.00 Uhr

Für Montagausgabe
Donnerstag, 7. Dezember
um 12.00 Uhr

Todesanzeigen

für die Samstagausgabe vom 9. Dezember nimmt die Redaktion des «Walliser Boten» am Freitag ab 19.00 Uhr unter Telefon 027 922 99 88 entgegen.

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme!
Mengis Annoncen, Vsp
Redaktion und Verlag
«Walliser Bote»